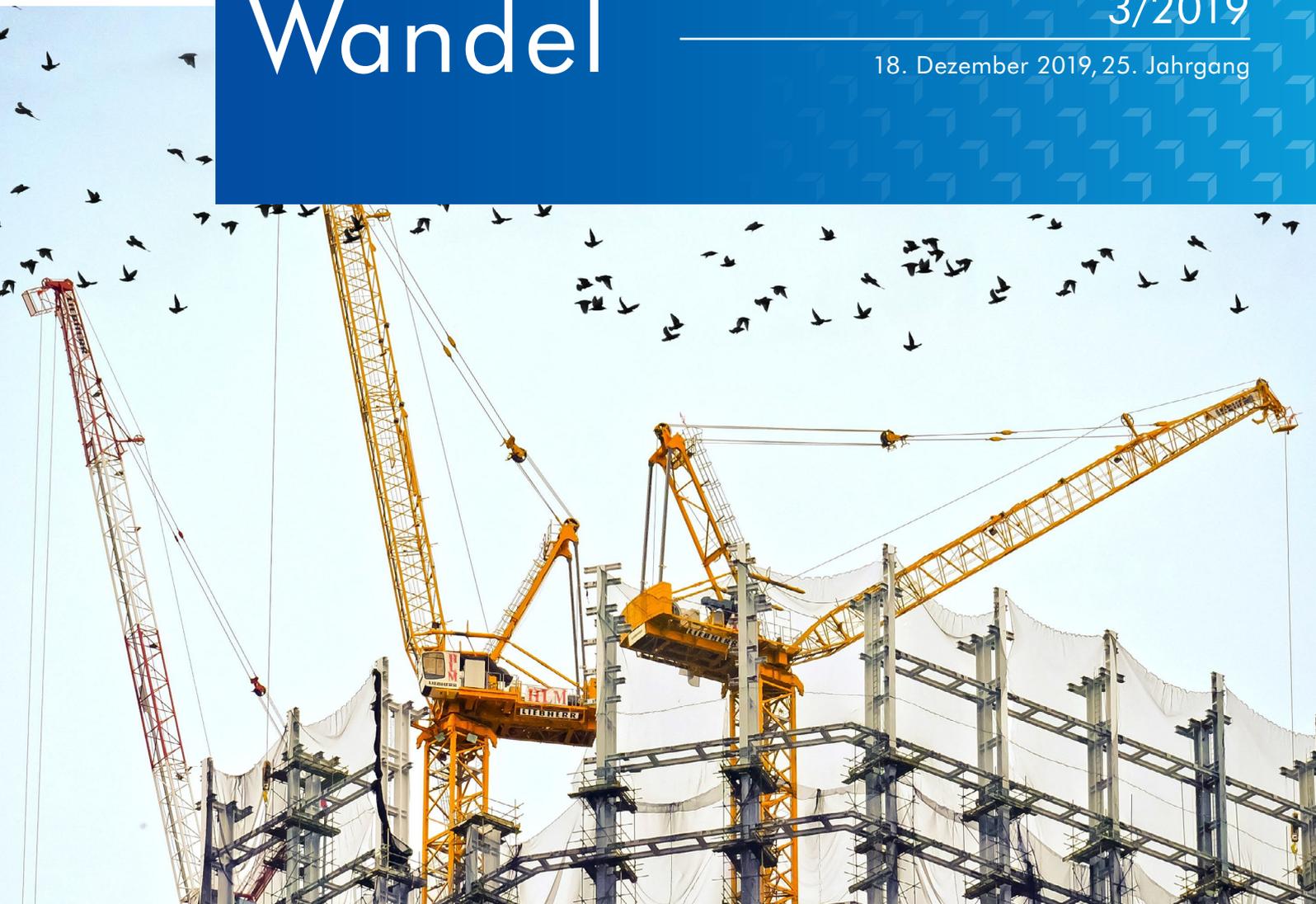


Wirtschaft im Wandel

3/2019

18. Dezember 2019, 25. Jahrgang



Steffen Müller, Georg Neuschäffer **S. 53**

Ostdeutscher Produktivitätsrückstand und Betriebsgröße

R. E. Gropp **S. 47**

Kommentar:
Freihandel, Protektionismus
und das stabile Genie

S. Müller **S. 48**

Aktuelle Trends: Fachkräftemangel hat in
den letzten zehn Jahren in Ost und West
stark zugenommen

A. Lindner **S. 49**

Zur Wirtschaftskraft deutscher Regionen
aus langfristiger Perspektive: Alte Muster
werden in Ostdeutschland langsam wieder
sichtbar

Inhaltsverzeichnis

- 47 Kommentar: Freihandel, Protektionismus und das stabile Genie
 Reint E. Gropp

- 48 Aktuelle Trends: Fachkräftemangel hat in den letzten zehn Jahren in Ost und West stark zugenommen
 Steffen Müller

- 49 Zur Wirtschaftskraft deutscher Regionen aus langfristiger Perspektive: Alte Muster werden in
 Ostdeutschland langsam wieder sichtbar
 Axel Lindner

- 53 Ostdeutscher Produktivitätsrückstand und Betriebsgröße
 Steffen Müller, Georg Neuschäffer

- 57 Meldungen

- 58 Veranstaltungen

- 60 Publikationen

- 62 Diskussionspapiere

- 63 Pressemitteilungen

- 64 Das IWH in den Medien

- 64 Personalien

Freihandel, Protektionismus und das stabile Genie

Reint E. Gropp, Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Protektionismus ist schlecht, aber vielleicht nicht ganz so schlecht, wie ihn viele Leute machen. Zölle sind kurzfristig nichts anderes als Umverteilung: von vielen Konsumenten zu einigen wenigen inländischen Produzenten und deren Mitarbeitern. Denken Sie zum Beispiel an Zölle auf Stahl: Die Konsumenten leiden, weil Autos, Maschinen und alles, wofür es sonst noch Stahl braucht, teurer wird. Allerdings profitieren die im Vergleich zu den ausländischen Wettbewerbern ineffizienteren inländischen Stahlhersteller. Sie stellen möglicherweise sogar mehr Mitarbeiter ein. In der Geschichte lassen sich durchaus Länder finden, die mit relativ hohen Zöllen gut gelebt haben, jedenfalls solange die Jobverluste in der Exportindustrie oder in Sektoren, die viele Vorleistungen importieren, ausgeglichen werden durch die Jobgewinne in Sektoren, die von den Zöllen profitieren. Das mag zurzeit in den USA sogar der Fall sein. Man muss allerdings auch sagen: Langfristig sieht die Sache ganz anders aus. Die USA werden insgesamt ärmer und ihre Wirtschaft ineffizienter, da sie nicht von der globalen Arbeitsteilung profitiert. Zu viel Kapital fließt in global gesehen relativ unproduktive Sektoren und zu wenig in produktive. Darüber hinaus leidet die Innovationskraft der Wirtschaft, da der Druck, Produkte ständig zu verbessern, durch die mangelnde Konkurrenz ausländischer Firmen nachlässt. Darunter leiden mittelfristig das Produktivitätswachstum, die Löhne und das Pro-Kopf-Einkommen.

Eine erratische Handelspolitik, wie sie momentan von Präsident Trump betrieben wird, ist nun allerdings noch viel schlechter als stabiler Protektionismus. Blicken wir nur auf die Geschehnisse der vergangenen Wochen und Monate zurück: Im Sommer kündigte Trump an, dass auf noch viel mehr chinesische Güter Zölle erhoben werden sollen, nur um es anschließend wieder zurückzunehmen, wohl aus Angst, Wähler vor Weihnachten mit höheren Preisen auf Spielzeug und anderen aus China importierten Gütern zu verprellen. Allerdings wurden die Zölle nicht gestrichen, sondern nur vertagt. China reagierte auf diese Ankündigung mit eigenen Zöllen, was wohl nun wirklich nicht überraschen kann. Darauf twitterte ein wütender

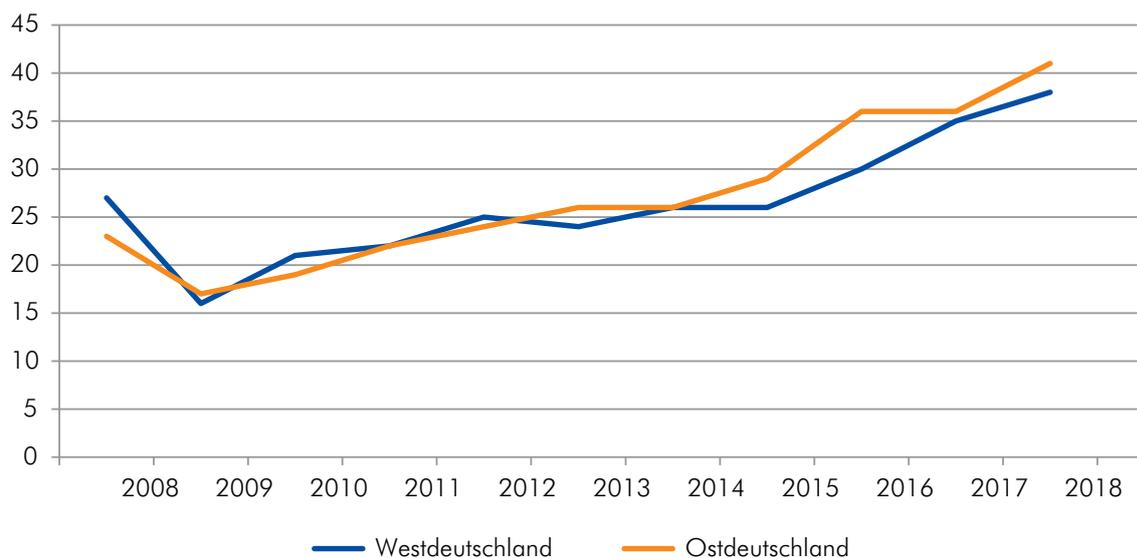
Trump, dass er noch höhere Zölle auf chinesische Importe erheben will und ordnete gleichzeitig an, dass amerikanische Firmen ihre Geschäfte mit China ganz einstellen sollen. Wenn auch wohl eher eine leere Drohung, zeigte sie natürlich doch Trumps völliges Unverständnis internationaler Arbeitsteilung und Lieferketten, was wiederum jedes international operierende Unternehmen nur mit Sorge erfüllen kann. Auf dem G7-Gipfel in Biarritz äußerte er dann Zweifel an seiner Handelspolitik (*second thoughts*), nur um das postwendend vom Sprecher des Weißen Hauses dementieren zu lassen. Schließlich dann die Verwirrung, ob tatsächlich Verhandlungen über Zölle stattfinden (Trump behauptete ja, die Chinesen nein), und im Dezember tatsächlich die Teileinigung, die eine neue Eskalationsrunde bei den Zollsätzen mitten im Weihnachtsgeschäft noch verhinderte – es ist fraglich, wie lange sie hält.

Warum ist diese erratische Handelspolitik schädlicher für die wirtschaftliche Entwicklung als konstant hohe Zölle? Einfach deshalb, weil die Unternehmen alle Entscheidungen zurückstellen, da sie sich als falsch erweisen könnten: Sollen sich die Unternehmen jetzt auf langfristig höhere Zölle einstellen und in die einheimische Produktion investieren, die Substitute für Importe herstellt? Wohl eher nicht, denn es könnte sein, dass Trump die Drohungen nur benutzt, um sich in den Verhandlungen mit den Chinesen Vorteile zu verschaffen, und dass die Zölle langfristig sogar fallen. Oder sollen die Unternehmen jetzt so investieren wie in der Vergangenheit, sich also auf funktionierende Lieferketten und Exportmärkte verlassen? Wohl auch nicht: Vielleicht bleiben die Zölle langfristig hoch. Alle Entscheidungen über Investitionen werden also erst einmal vertagt. Kein verantwortungsbewusster Unternehmer wird in solch einem Klima der kompletten Unsicherheit größere Investitionen tätigen. Es ist also durchaus möglich, dass die Unsicherheit über die Handelspolitik der USA eine globale Rezession auslöst, und nicht so sehr die Handelspolitik selbst. Die negativen Effekte langanhaltender Unsicherheit kann man im Übrigen auch sehr schön im Zusammenhang mit dem Brexit beobachten. Unsicherheit ist vielleicht das schlimmste Gift für die Wirtschaft. 

Aktuelle Trends: Fachkräftemangel hat in den letzten zehn Jahren in Ost und West stark zugenommen

Steffen Müller

Entwicklung der Nichtbesetzungsquote, 2008 bis 2018 (in %)



Anmerkung: Nichtbesetzungsquote = Anteil der nicht besetzten offenen Stellen an den insgesamt angebotenen Stellen für Fachkräfte.
Basis: Alle Betriebe mit Fachkräftebedarf.
Quellen: IAB-Betriebspanel 2008 bis 2018; Darstellung des IWH.

Vor dem Hintergrund sinkender Arbeitslosenzahlen und einer alternden Bevölkerung – vor allem im Osten Deutschlands – ist der immer schwieriger zu deckende Bedarf der Betriebe an Fachkräften in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema in der öffentlichen und politischen Arbeitsmarktdebatte geworden. Fachkräftengpass herrscht, wenn Betriebe Probleme haben bei der Besetzung von Stellen für qualifizierte Tätigkeiten, die eine Berufsausbildung, vergleichbare Berufserfahrung oder einen Hochschulabschluss erfordern. Wie hoch der Anteil der nicht besetzten Stellen an den insgesamt angebotenen Stellen ist, wird durch die Nichtbesetzungsquote angegeben. Sie kann damit als Indikator für einen Fachkräftengpass interpretiert werden. Die Entwicklung der Nichtbesetzungsquote über die vergangenen zehn Jahre ist in der Abbildung dargestellt. Seit dem Krisenjahr 2009, in dem die Nichtbesetzungsquote lediglich bei etwa 16% lag, hat sie sich bis zum Jahr 2018 deutlich mehr als verdoppelt. Ein besonders rascher Anstieg von etwa fünf Prozentpunkten pro Jahr ist seit dem Jahr 2015 zu beobachten. Höhe und Entwicklung der Nichtbesetzungsquote sind

in Ostdeutschland und Westdeutschland ähnlich. Während die Ursachen für Fachkräftengpässe und die unternehmerischen Reaktionen darauf sehr unterschiedlich sind, ist klar, dass der direkteste Weg, einzelbetriebliche Fachkräftengpässe auch kurzfristig zu mildern, höhere Löhne sind. Die Ertragslage der allermeisten Unternehmen lässt dies jedenfalls zu. Gesamtwirtschaftlich können höhere Löhne zu einer weiter steigenden Arbeitsmarktpartizipation führen und durch eine mögliche Verlagerung der Beschäftigung von unproduktiven zu produktiveren Unternehmen das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum unterstützen. 



Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Steffen.Mueller@iwh-halle.de

Zur Wirtschaftskraft deutscher Regionen aus langfristiger Perspektive: Alte Muster werden in Ostdeutschland langsam wieder sichtbar

Axel Lindner

Kann der Osten Deutschlands in Zukunft noch wesentlich aufholen, oder haben die 40 Jahre Zentralplanwirtschaft dauerhafte Spuren in der Raumstruktur der deutschen Volkswirtschaft hinterlassen? Dieser Beitrag vergleicht die Raumstruktur der deutschen Volkswirtschaft im Jahr 1925, vor den politischen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts, mit ihrer Entwicklung nach der Vereinigung. Es zeigen sich folgende Punkte: Gewinner der historischen Umbrüche war eher Süd- als Westdeutschland. Berlin konnte sein Hauptstadt-Potenzial lange nicht ausspielen, beginnt dies aber nun nachzuholen. Die Wirtschaftskraft ostdeutscher Flächenländer war 1925 breit gestreut und dabei teils höher, teils niedriger als die Deutschlands. Seit 1990 ist sie dagegen viel niedriger als im gesamtdeutschen Durchschnitt und liegt eng beieinander. Zwar holten die ostdeutschen Flächenländer in den Jahren nach 1990 zügig auf, nach dem Jahr 2000 aber nur noch langsam. Die Streuung nimmt erst seit 2010 wieder ein wenig zu. Aus historischer Perspektive sehen manche Tendenzen, etwa der Berlin-Boom und die höhere Wachstumsdynamik in Sachsen, wie eine Normalisierung aus, die sich mit einiger Wahrscheinlichkeit fortsetzen dürfte.

JEL-Klassifikation: E01, N9

Schlagwörter: Ostdeutschland, Produktivität, Wirtschaftsgeschichte

Der Fall der Berliner Mauer jährte sich dieses Jahr zum 30. Mal. Das Jubiläum hat die Diskussion um die Kluft bei der Wirtschaftskraft und beim Lebensstandard zwischen Ost- und Westdeutschland neu belebt. Vor allem geht es darum, ob der Osten in Zukunft noch wesentlich aufholen kann, oder ob die 40 Jahre Zentralplanwirtschaft dauerhafte Spuren in der Raumstruktur der deutschen Volkswirtschaft hinterlassen haben. Um Antworten auf solche Fragen zu finden, ist es wichtig, sich erst einmal Klarheit darüber zu verschaffen, wie die Raumstruktur der deutschen Volkswirtschaft überhaupt aussah, als sie noch nicht von den politischen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts deformiert war, und wie sich die Raumstruktur nach der Vereinigung relativ zu ihrem einstigen Zustand entwickelt hat. Dies soll im vorliegenden Beitrag auf Basis jüngst aus historischen Quellen gewonnener Daten gezeigt werden.

Neue historische Daten zur Wirtschaftsentwicklung

Eine Gruppe europäischer Wirtschaftshistoriker hat kürzlich für alle westeuropäischen Regionen (einschließlich Deutschlands, aber ohne die ehemaligen deutschen Ostgebiete) Schätzungen des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukts veröffentlicht, die

bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichen.¹ Erstmals können damit Veränderungen in der Regionalstruktur der europäischen Volkswirtschaft seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts und bis in die Gegenwart verfolgt werden. Raumeinheiten sind dabei die von der amtlichen Statistik der Europäischen Union definierten NUTS-2-Regionen. Im Folgenden werden einige Ergebnisse für Deutschland auf Bundesländerebene aggregiert dargestellt.² Dabei wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner als Maß für die Produktivität oder wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen herangezogen.³

1 Vgl. Rosés, J. R.; Wolf, N. (eds): *The Economic Development of Europe's Regions. A Quantitative History since 1900*. London and New York 2019, und dort vor allem der Beitrag von Wolf, N.: *Regional Economic Growth in Germany, 1895–2010*. Soweit für frühere Jahre keine amtlichen Statistiken für die Regionen vorliegen, gehen die Berechnungen von etablierten Schätzungen der nationalen Bruttoinlandsprodukte aus. Um die nationale Produktion auf die einzelnen Regionen aufzuteilen, werden regionale Daten zu den Anteilen der Wirtschaftszweige an der Beschäftigung sowie zur Höhe der Löhne in den verschiedenen Wirtschaftszweigen verwendet; vgl. Rosés und Wolf, 159.

2 Bundesländer umfassen zwischen einer (im Fall von Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen) und (im Fall Bayerns) sieben NUTS-2-Regionen.

3 Die deutlichen Verschiebungen der Bevölkerungsanteile zugunsten Westdeutschlands seit den späten 1940er Jahren werden hier nicht dargestellt; vgl. dazu jüngst Rösel, F.: *Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt. ifo Dresden berichtet*, 03/2019.

Als Ausgangspunkt der Darstellung wird das Jahr 1925 gewählt. In den Jahrzehnten davor war die Raumstruktur in Deutschland recht stabil,⁴ mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg kommt es dann zu Umbrüchen, die in der deutschen Teilung bis 1990 ihre Fortsetzung finden. Die von *Wolf* und *Rosés* erhobenen Daten für das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt zwischen 1950 und 1980 sind allerdings problematisch, denn sie gehen letztlich auf Schätzungen zurück, die auf amtlichen Angaben der DDR aufbauen, und Marktpreise zur Bewertung von Produktion der amtlichen DDR-Statistik fehlten.⁵ Die Daten aus dem Jahr 1925 sind hingegen für alle Regionen von ähnlicher und vergleichsweise guter Qualität.

Der Süden ist Gewinner. Die regionalen Unterschiede im Osten wurden nivelliert. Die Hauptstadt ist noch schwach.

In welchem Ausmaß sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Regionen zwischen den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts und dem Vereinigungsjahr 1990 verändert hat, und welche Tendenzen seither im vereinten Deutschland zu beobachten sind, lässt sich aus der Abbildung entnehmen. Sie zeigt für das Jahr 1925 und für die Zeit seit 1990 in Zehnjahresschritten das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den ostdeutschen und in den größeren westdeutschen Ländern, relativ zum gesamtdeutschen Durchschnitt in %. Es fallen folgende Punkte ins Auge:

- Die Wirtschaftskraft ostdeutscher Flächenländer war 1925 breit gestreut und dabei teils höher, teils niedriger als die Deutschlands (insgesamt lag sie etwas darüber, vgl. Tabelle). Seit 1990 ist sie dagegen viel niedriger als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Zwar holten die ostdeutschen Flächenländer in den Jahren nach 1990 zügig auf, nach dem Jahr 2000 aber nur noch langsam.
- Nicht Westdeutschland, sondern die süddeutschen Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sind die Gewinner der Umbrüche zwischen 1925 und 1990. Nach der Vereinigung haben die süddeutschen Regionen ihre starke Stellung in etwa behaupten können.
- Trotz des großen Rückstands Ostdeutschlands ist die

Streuung der regionalen Wirtschaftskraft in Gesamtdeutschland gegenwärtig nicht höher als 1925, gemessen am bevölkerungsgewichteten Variationskoeffizienten für die NUTS-2-Regionen ist sie sogar etwas geringer.⁶

- Außerordentlich gering ist im vereinten Deutschland die Streuung der Wirtschaftskraft zwischen den ostdeutschen Flächenländern; sie hat erst seit 2010 wieder ein wenig zugenommen.
- Die Reihenfolge ostdeutscher Flächenländer nach ihrer Wirtschaftskraft, wie sie sich im Jahr 1925 darstellte, lautete: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 1990 hatte sich diese Ordnung aufgelöst, gegenwärtig ist sie aber, bei freilich geringen Abständen, fast wiederhergestellt (nur Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben die Plätze getauscht).
- Der Absturz der Wirtschaftskraft Berlins war zwischen 1925 und 1990 ebenso drastisch wie jener der ostdeutschen Flächenländer, obwohl mit Westberlin der größere Teil der Stadt in den Zeiten der Teilung Teil des westdeutschen Wirtschaftsraums war.
- Zwischen 2010 und 2018 hat die Wirtschaftskraft Berlins wieder recht deutlich zugelegt, sie liegt aber immer noch, für eine Hauptstadtregion sehr ungewöhnlich, etwas unter dem nationalen Durchschnitt.

Alte regionale Muster treten wieder stärker in Erscheinung

Mögliche Ursachen für die einzelnen Befunde können an dieser Stelle nur angedeutet werden.⁷ Was die gegenwärtig starke Stellung Süddeutschlands betrifft, spielt sicher eine Rolle, dass in der Nachkriegszeit wichtige Unternehmen aus Berlin dorthin verlagert wurden, etwa Siemens nach München oder die Deutsche Bank nach Frankfurt am Main. Darüber hinaus dürfte auch der Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften und von Selbstständigen aus Ostdeutschland, die in ihrer Heimat aus politischen Gründen keine Zukunft sahen, das regionale Wachstum in Süddeutschland gekräftigt haben. Dass die wirtschaftliche Leistungskraft der ostdeutschen Länder immer noch so wenig streut, ist nicht zuletzt wirtschaftspolitischen Instrumenten wie dem Länderfinanzausgleich geschuldet. Wenn trotzdem die Streuung der Wirtschaftskraft je Einwohner in ost-

4 Vgl. Wolf, N., a. a. O., 161.

5 Wohl aufgrund dieser methodischen Probleme ergibt sich auf Grundlage der Daten von Rosés und Wolf eine merkwürdig hohe Wachstumsrate des realen ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner zwischen 1950 und 1980: Sie ist mit 4,2% pro Jahr nur wenig geringer als die Westdeutschlands. Im Jahr 1990, für das Rosés und Wolf Zahlen des Statistischen Bundesamts verwenden können, liegt das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner gemäß ihren Daten dann um 31% unter dem Niveau von 1980.

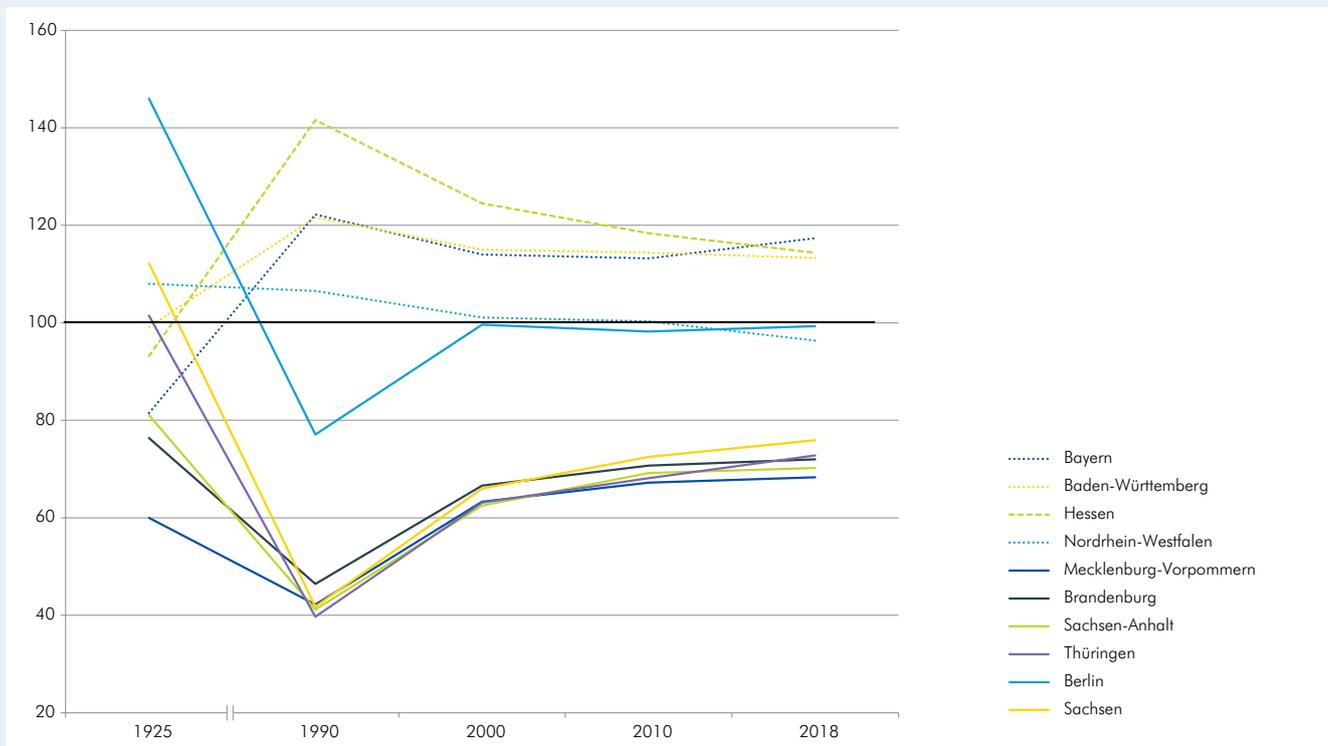
6 vgl. Rosés, J. R.; Wolf, N. (eds), a. a. O., 163.

7 Zu den Gründen dafür, dass sich die Lücke in der Produktivität zwischen West und Ost nur so langsam schließt, siehe etwa Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle: [Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall](#), Halle (Saale) 2019, sowie Müller, S.; Neuschäffer, G.: Ostdeutscher Produktivitätsrückstand und Betriebsgröße, im vorliegenden Heft.

Abbildung

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ostdeutscher und ausgesuchter westdeutscher Länder

in % des Werts für Deutschland in den Grenzen seit 1990



Quellen: Rosés, J. R.; Wolf, N. (eds), a. a. O.; nach 1990: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner relativ zum gesamtdeutschen Wert

in %

	1925	1938	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2018
Bayern	81,5	85,1	103,8	94,1	102,0	103,7	122,2	114,0	113,2	117,4
Baden-Württemberg	99,2	100,6	124,6	115,7	115,8	114,3	121,6	115,0	114,4	113,3
Hessen	93,2	83,6	107,6	107,6	112,3	113,5	141,6	124,5	118,4	114,4
Rheinland-Pfalz	99,1	94,3	104,1	81,5	97,2	95,5	98,3	89,9	89,0	89,5
Saarland	100,0	93,7	91,1	95,0	90,0	92,6	96,8	92,1	93,8	88,7
Nordrhein-Westfalen	108,0	95,8	114,3	114,0	111,3	105,0	106,5	101,1	100,3	96,3
Niedersachsen	81,7	91,1	92,9	95,0	89,6	92,7	99,0	90,2	89,1	90,9
Bremen	134,4	125,2	113,5	135,0	137,8	142,9	145,7	130,9	127,5	123,3
Hamburg	141,5	119,9	130,0	180,4	176,7	173,6	184,5	179,8	172,9	160,6
Schleswig-Holstein	79,3	90,8	83,8	86,6	86,8	91,0	97,4	89,3	82,1	82,1
Mecklenburg-Vorpommern	60,0	78,4	86,4	71,5	62,6	66,5	42,2	63,3	67,2	68,3
Brandenburg	76,4	96,6	81,8	71,8	65,3	68,7	46,4	66,6	70,7	72,0
Sachsen-Anhalt	81,1	98,8	73,2	76,3	71,1	75,0	41,2	62,5	69,2	70,2
Thüringen	101,5	116,8	80,7	82,6	73,4	77,9	39,7	63,1	68,1	72,8
Berlin	146,0	146,4	97,5	100,4	101,4	106,7	77,1	99,6	98,2	99,3
Sachsen	112,2	112,2	75,4	80,2	76,3	77,3	41,8	66,0	62,5	75,9
Ostdeutschland	105,0	113,1	81,3	81,2	76,2	79,4	48,6	71,4	75,9	78,6

Quellen: Rosés, J. R.; Wolf, N. (eds), a. a. O.; nach 1990: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen und Darstellung des IWH.

deutschen Regionen langsam wieder zunimmt, ist dies aus historischer Perspektive lediglich eine Normalisierung. Mit Berlin, Sachsen und Thüringen sind in den vergangenen Jahren diejenigen Länder schneller gewachsen, welche in den politischen Umbrüchen von den 1930er Jahren bis 1990 besonders stark verloren hatten. Offensichtlich haben sich diese Regionen einige Stärken über die Zeiten von Kriegs- und Planwirtschaft bewahren können, etwa ein für unternehmerische Tätigkeit recht günstiges gesellschaftliches Klima.⁸ Insbesondere die sächsischen Großstädte waren einst Zentren des industriellen Wandels in Deutschland, und heutzutage wird in Sachsen ein deutlich größerer Teil des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Ent-

wicklung ausgegeben als in den anderen ostdeutschen Flächenländern. Was Berlin betrifft, ist offensichtlich, dass die Stadt ein ökonomisches Potenzial hat, das sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nutzen konnte und gegenwärtig wieder zu nutzen beginnt: Zum einen haben große Agglomerationszentren wie Berlin typischerweise ein hohes Wachstumspotenzial, weil der dort besonders rege Austausch von Ideen den technischen Fortschritt beflügelt.⁹ Zum anderen ist natürlich die Hauptstadtfunktion ein Standortvorteil. Alles in allem ist die höhere Wachstumsdynamik in Sachsen, Thüringen und im Großraum Berlin nicht nur eine Rückkehr zu alten Mustern, sie dürfte auch in Zukunft die Entwicklung der Regionalstruktur in Ostdeutschland prägen. 

8 Vgl. Fritsch, M. et al.: How Much of a Socialist Legacy? The Reemergence of Entrepreneurship in the East German Transformation to a Market Economy, in: *Small Business Economics*, Vol. 43 (2), 2014, 427–446 und Fritsch, M.; Wyrwich, M.: Regional Knowledge, Entrepreneurial Culture, and Innovative Start-ups over Time and Space – an Empirical Investigation, in: *Small Business Economics*, Vol. 51 (2), 2018, 337–353.

9 Vgl. etwa Gaeser, E.: Are Cities Dying?, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 12 (2), 1998, 139–160.



Dr. Axel Lindner

Abteilung Makroökonomik

Axel.Lindner@iwH-halle.de

Ostdeutscher Produktivitätsrückstand und Betriebsgröße

Steffen Müller, Georg Neuschäffer

Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall ist die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft um 20% geringer als die der westdeutschen. Vielfach wird dies dadurch erklärt, dass westdeutsche Betriebe größer sind – denn größere Betriebe sind meist produktiver. Berechnungen auf Basis einzelbetrieblicher Daten bringen jedoch zum Vorschein, dass die Produktivitätslücke sich selbst dann nicht schließt, wenn Betriebe ähnlicher Größe verglichen werden, die zudem noch der gleichen Branche angehören und Ähnlichkeiten in weiteren für die Produktivität relevanten Merkmalen wie der Kapitalintensität, der Exporttätigkeit und dem Anteil qualifizierten Personals aufweisen.

JEL-Klassifikation: D24, L25

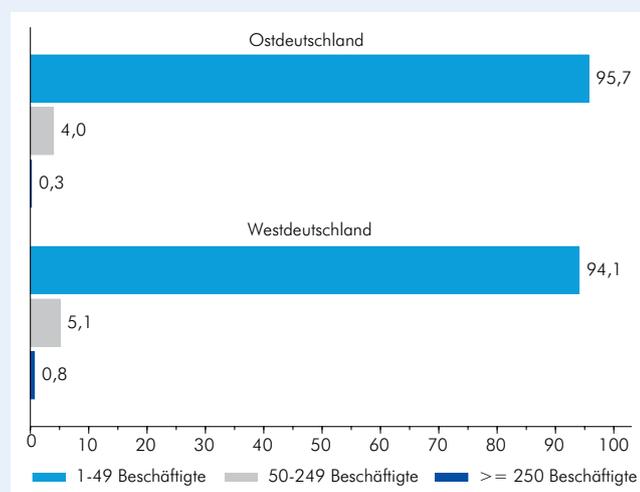
Schlagwörter: Ost-West-Produktivitätsunterschied, Betriebsgröße, betriebliche Merkmale

Wird das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen als Produktivitätsmaß verwendet, zeigt die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), dass die Produktivität in Ostdeutschland bei etwa 82% des Westniveaus liegt. Zum einen ist das Ausdruck eines beispiellosen Aufholprozesses, denn der Osten startete 1991 bei etwa 45% der westdeutschen Produktivität. Zum anderen besteht nach wie vor die öffentliche Er-

wartungshaltung, dass sich ein Erfolg der Vereinigung in einer vollständigen Angleichung im Hinblick auf Produktivität und Lebensstandard zeigen müsse. Entsprechend intensiv wurde die Produktivitätslücke in der Forschung untersucht. Ein wichtiger Befund früherer Studien ist, dass die Hauptursache nicht in verschieden guter Ausstattung der Regionen mit den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zu

Abbildung 1
Aufteilung der Betriebe auf Größenklassen in Ost- und Westdeutschland

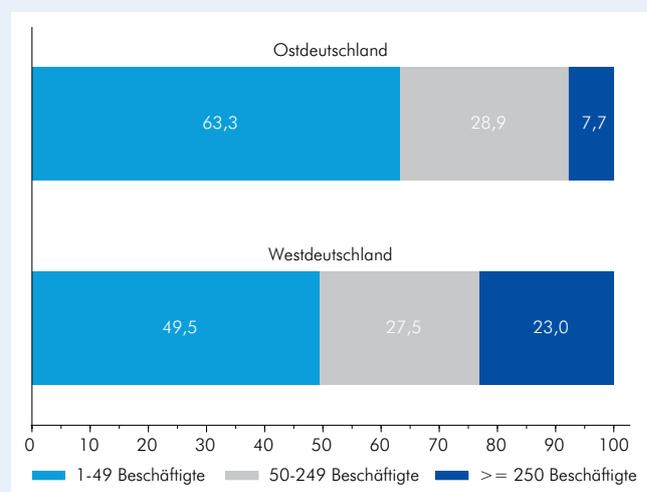
Anteil der Betriebe in einer Größenklasse an allen Betrieben, in %



Quelle: IAB-Betriebspanel 2013–2016; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 2
Aufteilung der Beschäftigten auf Betriebsgrößenklassen in Ost- und Westdeutschland

Anteil der Beschäftigten in einer Betriebsgrößenklasse an allen Beschäftigten, in %



Quelle: IAB-Betriebspanel 2013–2016; Berechnungen und Darstellung des IWH.

suchen ist, sondern dass Unterschiede in der totalen Faktorproduktivität – also der Nutzung der Produktionsfaktoren – verantwortlich für den ostdeutschen Rückstand sind.

Westdeutsche Großbetriebe sind viel größer als ostdeutsche

Ein vieldiskutierter struktureller Unterschied zwischen Ost und West lässt sich im Hinblick auf Betriebsgrößenunterschiede feststellen. Während die Aufteilung der Betriebe auf Größenklassen in Ost und West ähnlich ist (vgl. Abbildung 1), ist die Aufteilung der Beschäftigten auf die Größenklassen stark unterschiedlich (vgl. Abbildung 2). Dies deutet vor allem darauf hin, dass westdeutsche Großbetriebe sehr viel größer sind als ostdeutsche Großbetriebe. Die ökonomische Aktivität ist in Westdeutschland somit in wesentlich stärkerem Maße von Großbetrieben geprägt als im Osten.

Eine Erklärung für die Produktivitätslücke: Großbetriebe sind produktiver

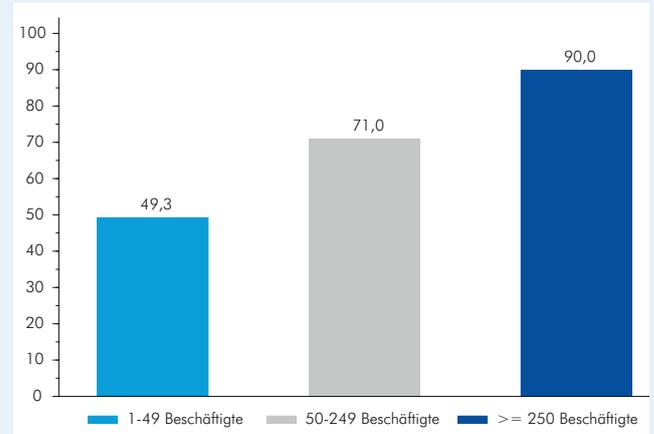
Der Größenaspekt ist von besonderer Bedeutung, weil zahlreiche, auch internationale Befunde zeigen, dass größere Betriebe produktiver sind. Dies kann theoretisch beispielsweise erklärt werden durch: i) das Vorhandensein von strategischen Unternehmensfunktionen, ii) Fixkostendegression und steigende Skalenerträge, iii) Diversifizierungsvorteile und geringere Anfälligkeit für Nachfrageschwankungen sowie iv) höhere Marktmacht auf Produkt- und/oder Faktormärkten.

Empirisch lässt sich das Größengefälle in der Produktivität in Deutschland leicht nachweisen. Abbildung 3 zeigt, dass die Arbeitsproduktivität gemessen als Bruttowertschöpfung pro Mitarbeitenden mit der Betriebsgröße deutlich ansteigt. Die Arbeitsproduktivität – konzeptionell ähnlich zum im Aggregat verwendeten Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen – liegt in Großbetrieben mehr als 80% über der in Kleinbetrieben.¹

¹ Der Unterschied zwischen beiden Produktivitätsmaßen besteht zum einen darin, dass in der VGR auf Personenebene und in Abbildung 3 auf Betriebsebene gemessen wird und dass die Datengrundlage für die Betriebsdaten, das IAB-Betriebspanel, nur für Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten repräsentativ ist, während in die VGR beim Erwerbstätigenkonzept zum Beispiel auch Solo-Selbstständige eingehen. Die VGR ist auch im Arbeitnehmerkonzept verfügbar, unterscheidet sich aber auch dann von der Erfassung im IAB-Betriebspanel, weil in letzterem auch tätige Unternehmenseigentümer und mithelfende Familienangehörige in der Pro-Kopf-Berechnung berücksichtigt werden. Eine direkte Umrechnung zwischen beiden Messkonzepten ist somit nicht möglich.

Abbildung 3
Arbeitsproduktivität nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland

Arbeitsproduktivität auf Betriebsebene, gemessen als Bruttowertschöpfung pro Mitarbeiter, in 1 000 Euro



Quelle: IAB-Betriebspanel 2013–2016; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Dass in Westdeutschland wesentlich mehr Menschen in größeren Betrieben arbeiten, könnte also bereits einen Teil des Produktivitätsrückstands des Ostens erklären. Würde der ostdeutsche Rückstand gar verschwinden, wenn der Osten die gleiche Betriebsgrößenstruktur wie der Westen aufwiese?

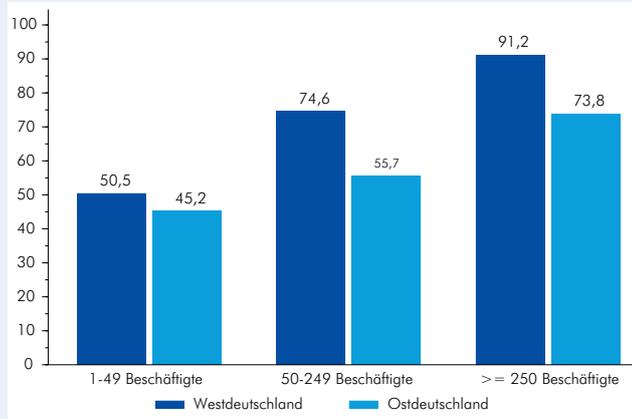
Aber: Selbst beim Vergleich ähnlich großer Betriebe bleibt der Rückstand Ostdeutschlands bestehen

Ein erster Test dieser Hypothese ist ein Produktivitätsvergleich innerhalb von Gruppen von Betrieben gleicher Größe. Würde die Hypothese zutreffen, müsste der Unterschied innerhalb ähnlich großer Betriebe klein beziehungsweise vollständig verschwunden sein. Ein erster Vergleich (vgl. Abbildung 4) zeigt jedoch, dass ostdeutsche Betriebe gleicher Größe weniger produktiv als ihre westdeutschen Wettbewerber sind.

Nun kann die Frage gestellt werden, ob sich die Produktivitätsunterschiede innerhalb der gleichen Größenklasse auf Unterschiede in den betrieblichen Merkmalen zurückführen lassen. Unterscheiden sich ostdeutsche Betriebe innerhalb einer bestimmten Größenklasse also systematisch in bestimmten für die Produktivität relevanten Merkmalen von ähnlich großen westdeutschen Betrieben? Um diese Frage zu beantworten, werden Mikrodaten auf Betriebsebene

Abbildung 4
Arbeitsproduktivität nach Betriebsgrößenklassen in Ost- und Westdeutschland

Arbeitsproduktivität auf Betriebsebene, gemessen als Bruttowertschöpfung pro Mitarbeiter, in 1 000 Euro



Quelle: IAB-Betriebspanel 2013 bis 2016; Berechnungen und Darstellung des IWH.

benötigt. Während viele Studien aggregierte Zahlen verwenden, sind Untersuchungen auf Basis von Firmen- und Betriebsdaten seltener.

Sind andere betriebliche Merkmale entscheidend? Produktivitätsschätzung auf Betriebsebene

Auf Basis der Betriebsdaten des IAB-Betriebspanels wird in der Folge eine um verschiedene betriebliche Merkmale erweiterte Cobb-Douglas-Produktionsfunktion separat für die drei bereits in den Abbildungen verwendeten Betriebsgrößenklassen geschätzt.² Dabei wird für etwa 10 000 Beobachtungen aus den Jahren 2013 bis 2016 (eine Beobachtung entspricht dabei einem Betrieb in einem bestimmten Jahr) die logarithmierte Bruttowertschöpfung pro Mitarbeitenden (die Arbeitsproduktivität als die zu erklärende Variable) auf die logarithmierte Kapitalintensität (Kapitalstock pro Mitarbeitenden³) regressiert. Die Kapitalintensität wird also

Tabelle
Cobb-Douglas-Produktionsfunktionsschätzung auf Betriebsebene

	1-49 Beschäftigte (1)	50-249 Beschäftigte (2)	≥250 Beschäftigte (3)
Kapitalintensität	0,064*** (0,012)	0,043** (0,018)	0,069* (0,036)
Ostdeutschland	-0,205*** (0,030)	-0,206*** (0,052)	-0,224** (0,113)
Betriebsrat	0,179* (0,097)	0,120*** (0,046)	0,141 (0,109)
Firmen- oder Branchentarifvertrag	-0,026 (0,035)	0,035 (0,046)	0,114 (0,072)
Firmenzentrale	0,294*** (0,055)	0,166*** (0,061)	0,122 (0,084)
Exporttätigkeit	0,157*** (0,041)	0,084 (0,057)	0,050 (0,123)
moderne technische Anlagen	0,077*** (0,027)	0,098** (0,040)	0,082 (0,075)
Teilzeitquote	-0,007*** (0,001)	-0,007*** (0,001)	-0,005 (0,004)
Anteil der qualifizierten Beschäftigten	0,004*** (0,001)	0,004*** (0,001)	0,005*** (0,002)
Anteil der Auszubildenden	-0,003** (0,002)	-0,015*** (0,004)	-0,018 (0,012)
Konstante	9,545*** (0,146)	10,748*** (0,262)	10,163*** (0,509)
R ²	0,306	0,461	0,468
Beobachtungen (ungewichtet)	7.523	2.403	822

Anmerkung: Abhängige Variable: Natürlicher Logarithmus der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten auf Betriebsebene. Lineare Kleinst-Quadrat-Regression mit auf Betriebsebene geclusterten Standardfehlern (in Klammern). Die Regression basiert auf mit Hilfe der Querschnittsgewichte des IAB-Betriebspanels gewichteten Werten. Neben den aufgeführten Variablen wurde unter anderem auch für die Branchenstruktur (Zweisteller) kontrolliert. Signifikanz: 1% = ***, 5% = **, 10% = *.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2013–2016; Berechnungen des IWH.

2 Die Schätzung einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion ist der Standardansatz zur Ermittlung von betrieblichen Produktivitätsunterschieden. Kompliziertere Produktionsfunktionen (z. B. CES, Translog) ergeben in der Regel ähnliche Ergebnisse für den Ost-West-Produktivitätsunterschied.

3 Die Methodik zur Berechnung des Kapitalstocks wird beschrieben in: Müller, S.: Capital Stock Approximation Using Firm Level Panel Data, in: Journal of Economics and Statistics, Vol. 228 (4), 2008, 357–371.

als die wesentliche erklärende Variable für Produktivitätsunterschiede ähnlich großer Betriebe angenommen. Zusätzlich werden weitere wichtige betriebliche Merkmale als mögliche erklärende Variablen einbezogen: die Branchenzugehörigkeit, der Anteil qualifizierter Beschäftigter, Teilzeitbeschäftigter und Auszubildender, der technologische Stand der Anlagen, die Existenz

von Betriebsrat und Tarifvertragsbindung, Exporttätigkeit sowie die hierarchische Stellung des Betriebs im Unternehmensverbund.⁴ Schließlich wird eine Indikatorvariable „Ostdeutschland“ einbezogen, die den Sitz des Betriebs in West- oder Ostdeutschland angibt. Das Hauptinteresse liegt dabei auf dem Koeffizienten dieser Indikatorvariable. Der Koeffizient approximiert den prozentualen Unterschied in der Produktivität. Die zentralen Ergebnisse der Schätzung sind in der Tabelle zusammengefasst.

Ergebnisse und Interpretation

Die Regression zeigt generell plausible Ergebnisse, so sind beispielsweise Betriebe mit einem höheren Anteil qualifizierter Beschäftigter, höherer Kapitalintensität und moderneren Maschinen produktiver. Auch der häufig gefundene Produktivitätsbonus von Betrieben mit Betriebsrat und von Exporteuren wird bestätigt. Entscheidend für diese Untersuchung ist jedoch, dass die Indikatorvariable für ostdeutsche Betriebe ein negatives Vorzeichen hat. Sie zeigt an, dass ostdeutsche Betriebe *ceteris paribus*, d. h. unter Berücksichtigung von Unterschieden in der Branchenstruktur und den anderen in der Tabelle gelisteten betrieblichen Merkmalen, weniger Wertschöpfung pro Mitarbeitenden generieren als westdeutsche Betriebe. Der Rückstand beträgt etwa 20% und, das ist das Neue an der Studie, dies gilt innerhalb aller drei Größenklassen gleichermaßen. Dieser Befund zeigt, dass der ostdeutsche Rückstand nicht ausschließlich durch Unterschiede in der Betriebsgröße erklärt werden kann, aber er bedeutet auch nicht, dass Ostdeutsche weniger talentiert oder motiviert wären. Interessant ist, dass die Ost-West-Lücke bei den Kleinbetrieben deskriptiv (vgl. Abbildung 4) kleiner ist als in der multivariaten Untersuchung (vgl. Tabelle). Das bedeutet, dass die in der Regression berücksichtigten betrieblichen Merkmale ostdeutscher Betriebe dieser Größenklasse günstiger ausfallen als die westdeutscher Betriebe. Für die mittleren und großen Betriebe ist es genau andersherum.

Eine mögliche, aber in dieser Studie nicht überprüfbare Erklärung für die geringere Produktivität ostdeutscher Betriebe selbst nach Berücksichtigung betrieblicher Merkmale wäre, dass ostdeutsche Betriebe zwar die gleiche physische Produktivität haben (Anzahl produzierter Güter pro Inputeinheit), aber diese Erzeugnisse – zum Beispiel aufgrund fehlender Markennamen – zu einem niedrigeren Preis verkaufen müssen. Denkbar sind auch Unterschiede in den Preisen für Vorleistungsgüter, zum Beispiel dann, wenn westdeutsche Betriebe in der Lage wären, Vorleistungsgüter billiger zu beziehen. Die Befunde in diesem Kurzbericht sollten somit als Ausgangspunkt für künftige Forschung zum besseren Verständnis für die Ursachen des Rückstands der ostdeutschen Produktivität verstanden werden. 



Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Steffen.Mueller@iwh-halle.de



Georg Neuschäffer

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Georg.Neuschaeffer@iwh-halle.de

⁴ Ausgeschlossen wurden Sektoren, die (i) zwar privatwirtschaftlich, aber aufgrund intensiver Subventionierung nur eingeschränkt wettbewerbsfähig organisiert sind (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), für die (ii) entweder Umsatz (Finanz- und Versicherungsdienstleistungen) oder Kapitalstock (Grundstücks- und Wohnungswesen) nicht der zugrundeliegenden produktionstheoretischen Konzeption entsprechen und die (iii) teilweise oder vollständig staatlich gelenkt sind (Energie- und Wasserversorgung; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen; Organisationen ohne Erwerbscharakter, Öffentliche Verwaltung).

Meldungen



Preisgekrönter US-Ökonom forscht am IWH

Eine der wichtigsten Auszeichnungen in der deutschen Wissenschaft, der mit 1,5 Millionen Euro dotierte Max-Planck-Humboldt-Forschungspreis, ging im Jahr 2019 an den Volkswirt *Ufuk Akcigit* von der Universität Chicago. Am IWH will Akcigit mit innovativen Methoden untersuchen, warum die Wirtschaft in Ostdeutschland bis heute hinter der westdeutschen zurückbleibt – und welche Rolle die Treuhandanstalt dabei spielt.



In der Studie *Klimaschutz und Kohleausstieg: Politische Strategien und Maßnahmen bis 2030 und darüber hinaus* hat das IWH im Auftrag des Bundesumweltamts die ökonomischen Auswirkungen eines durch die Klimaziele der Bundesregierung induzierten Kohleausstiegs untersucht. Der Fokus liegt hierbei auf den Braunkohleregionen. Die Modelle zeigen, dass bei einem frühzeitigen Ausstieg die negativen Effekte des Strukturwandels früher zutage treten. Dafür können jedoch Erholungseffekte stärker den negativen Effekten entgegenwirken.



Das IWH wurde im Jahr 2019 für bemerkenswerte Leistungen in Forschung und Politikberatung belohnt. Im Juli *bewertete der Senat der Leibniz-Gemeinschaft zum Abschluss der Evaluierung das Institut in allen Bereichen mit der Note „sehr gut“*. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) bestätigte im Oktober: Das Institut wird auch in Zukunft von Bund und Ländern gefördert. Bereits im Mai 2019 *hatte die GWK außerdem dem Antrag des IWH auf eine strategische Erweiterung um eine vierte Abteilung zugestimmt*, die im Jahr 2020 aufgebaut wird.

Veranstaltungen



Montag, 1. Juli 2019, Halle (Saale)

Das andere Bauhaus-Erbe: Leben in den Plattenbausiedlungen Sachsens-Anhalts heute

Transferworkshop der Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit dem IWH. Den Eröffnungsvortrag „Erbe mit Zukunft“ hielt Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.



Freitag, 5. Juli 2019, Halle (Saale)

18. Lange Nacht der Wissenschaften

Banken, Braunkohle, Ballungsräume: Zur Langen Nacht der Wissenschaften stellten IWH-Forscher aus jeder der drei Abteilungen neue Erkenntnisse vor. Viele Hallenserinnen und Hallenser hörten zu und fragten nach.



Montag, 19. August, und Dienstag, 20. August 2019, Halle (Saale)

5th IWH-FIN-FIRE Workshop on Challenges to Financial Stability

Der Workshop diskutierte, welche Rettungsmaßnahmen am besten funktionieren und welche Warnschilder aufgestellt werden sollten, um die nächste Krise zu verhindern. Keynote-Vorträge: Anat R. Admati, Stanford University, und Luigi Zingales, University of Chicago.



Donnerstag, 17. Oktober 2019, Leopoldina, Halle (Saale)

Europa-Debatte: Wie viel Demokratie braucht Europa?

Zum Auftakt der gemeinsamen Veranstaltungsreihe der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und des IWH zu brennenden europapolitischen Themen diskutierten Eva Heidbreder, Jürgen Kocka und Sven Schulze, wie viel Demokratie die Europäische Union künftig braucht und wie die demokratische Willensbildung ausgestaltet werden sollte.

Veranstaltungen



Donnerstag, 17. Oktober, und Freitag, 18. Oktober 2019,
Halle (Saale)

16. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik: Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt

Die Ursachen strukturellen Wandels auf dem Arbeitsmarkt (internationale Arbeitsteilung, Digitalisierung, technologischer Fortschritt) und die Auswirkungen auf Arbeitnehmende, Betriebe, Branchen und Regionen waren Thema des Workshops.



Donnerstag, 24. Oktober, und Freitag, 25. Oktober 2019,
Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main

Financial Intermediation in a Globalized World

The conference invited high-quality theoretical and empirical research papers on financial intermediation. The contributions especially covered topics on financial intermediation and regulation.



Dienstag, 29. Oktober, und Mittwoch, 30. Oktober 2019,
Halle (Saale)

20th IWH-CIREQ-GW Macroeconometric Workshop: Micro Data and Macro Questions

On this year's workshop researchers from more than 14 countries presented cutting edge research regarding the macroeconomic modelling using micro data. Keynotes: Frank Schorfheide, University of Pennsylvania, and Marco Del Negro, Federal Reserve Bank of New York.



Montag, 2. Dezember und Dienstag, 3. Dezember 2019,

European Bank for Reconstruction and Development, London 1st Finance and Productivity Conference (FINPRO)

The Great Financial Crisis of 2007/2008 still casts a shadow on many developed economies in terms of real outcomes, such as investment, innovation, employment, or trade. [...]

[Konferenz-Website](#), [Zusammenfassung und Präsentationen](#)

Publikationen

American Economic Review

Structural Interpretation of Vector Autoregressions with Incomplete Identification: Revisiting the Role of Oil Supply and Demand Shocks

Christiane Baumeister, J. D. Hamilton

>>Traditional approaches to structural vector autoregressions (VARs) can be viewed as special cases of Bayesian inference arising from very strong prior beliefs. These methods can be generalised with a less restrictive formulation that incorporates uncertainty about the identifying assumptions themselves. ...<<

European Economic Review

Pricing Sin Stocks: Ethical Preference vs. Risk Aversion

Stefano Colonnello, G. Curatola, A. Gioffré

>>We develop an ethical preference-based model that reproduces the average return and volatility spread between sin and non-sin stocks. Our investors do not necessarily boycott sin companies. Rather, they are open to invest in any company while trading off dividends against ethicalness. ... <<

Industry and Innovation

Identifying Cooperation for Innovation – A Comparison of Data Sources

Michael Fritsch, Mirko Titze, M. Piontek

>>The value of social network analysis is critically dependent on the comprehensive and reliable identification of actors and their relationships. We compare regional knowledge networks based on different types of data sources (co-patents, co-publications, and publicly subsidised collaborative R&D projects). ...<<

Journal of Banking & Finance

Enforcement of Banking Regulation and the Cost of Borrowing

Y. D. Deli, M. D. Delis, Iftekhar Hasan, L. Liu

>>We show that borrowing firms benefit substantially from important enforcement actions issued on U.S. banks for safety and soundness reasons. Using hand-collected data on such actions from the main three U.S. regulators and syndicated loan deals, we find that enforcement actions decrease the total cost of borrowing by approximately 22 basis points. ...<<

Journal of Banking & Finance

What Drives Discretion in Bank Lending? Some Evidence and a Link to Private Information

G. Ambrocio, Iftekhar Hasan

>>We assess the extent to which discretion, unexplained variations in the terms of a loan contract, has varied across time and lending institutions and show that part of this discretion is due to private information that lenders have on their borrowers. We find that discretion is lower for secured loans and loans granted by a larger group of lenders, and is larger when the lenders are larger and more profitable. ...<<

Journal of Behavioral and Experimental Economics

Gender Stereotypes still in MIND: Information on Relative Performance and Competition Entry

Sabrina Jeworrek

>>By conducting a laboratory experiment, I test whether the gender tournament gap diminishes in its size after providing information on the relative performance of the two genders. Indeed, the gap shrinks sizeably, it even becomes statistically insignificant. ...<<

Publikationen

Journal of Financial Economics

Shareholder Bargaining Power and the Emergence of Empty Creditors

Stefano Colonnello, M. Eling, F. Zucchi

>>Credit default swaps can create empty creditors who potentially force borrowers into inefficient bankruptcy but also reduce shareholders' incentives to default strategically. We show theoretically and empirically that the presence and the effects of empty creditors on firm outcomes depend on the distribution of bargaining power among claimholders. ...<<

Journal of Macroeconomics

On the Empirics of Reserve Requirements and Economic Growth

Jesús Crespo Cuaresma, Gregor von Schweinitz, K. Wendt

>>Reserve requirements, as a tool of macroprudential policy, have been increasingly employed since the outbreak of the great financial crisis. We conduct an analysis of the effect of reserve requirements in tranquil and crisis times on long-run growth rates of GDP per capita and credit (%GDP) making use of Bayesian model averaging methods. ...<<

Public Finance Review

Vertical Grants and Local Public Efficiency: The Inference-disturbing Effect of Fiscal Equalization

I. Bischoff, P. Bönisch, Peter Haug, A. Illy

>>Given the fact that vertical financial equalization systems often reduce differences in fiscal capacity, we argue that empirical studies based on cross-sectional data may yield a positive relationship between grants and efficiency of public service production even when the underlying causal effect is not. ...<<

The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy

Elevated Uncertainty During the Financial Crisis: Do Effects on Subjective Well-being Differ Across European Countries?

Lena Tonzer

>>This paper focuses on the effect of uncertainty as reflected by financial market variables on subjective well-being. The analysis is based on Eurobarometer surveys, covering 18 countries over the period 2000–2013. Individuals report lower levels of life satisfaction in times of higher uncertainty approximated by stock market volatility. ...<<

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 14/2019

What Does Peer-to-Peer Lending Evidence Say About the Risk-taking Channel of Monetary Policy?

Y. Huang, Xiang Li, C. Wang

IWH-Diskussionspapiere Nr. 15/2019

Firm-level Employment, Labour Market Reforms, and Bank Distress

R. Setzer, Moritz Stieglitz

IWH-Diskussionspapiere Nr. 16/2019

Power Generation and Structural Change: Quantifying Economic Effects of the Coal Phase-out in Germany

Christoph Schult, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller

IWH-Diskussionspapiere Nr. 17/2019

Gift-exchange in Society and the Social Integration of Refugees: Evidence from a Field, a Laboratory, and a Survey Experiment

Sabrina Jeworrek, V. Mertins, B. J. Leisen

IWH-Diskussionspapiere Nr. 18/2019

How Forecast Accuracy Depends on Conditioning Assumptions

C. Engelke, Katja Heinisch, Christoph Schult

IWH-Diskussionspapiere Nr. 19/2019

Flight from Safety: How a Change to the Deposit Insurance Limit Affects Households' Portfolio Allocation

H. Evren Damar, Reint E. Gropp, A. Mordel

IWH-Diskussionspapiere Nr. 20/2019

Import Competition and Firm Productivity: Evidence from German Manufacturing

Richard Bräuer, Matthias Mertens, Viktor Slavtchev

IWH-Diskussionspapiere Nr. 21/2019

Thou Shalt not Bear False Witness Against Your Customers: Cultural Norms and the Volkswagen Scandal

Iftekhhar Hasan, Felix Noth, Lena Tonzer

IWH-Diskussionspapiere Nr. 22/2019

Spillovers of Asset Purchases within the Real Sector: Win-Win or Joy and Sorrow?

Talina Sondershaus

IWH-Diskussionspapiere Nr. 23/2019

What Drives the Commodity-Sovereign-Risk-Dependence in Emerging Market Economies?

Hannes Böhm, Stefan Eichler, Stefan Gießler

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 14/2019

Studie: Wie Finanzkrisen Menschen unzufriedener machen und wie sich das verhindern lässt

>>Finanzkrisen haben nicht nur starke Verwerfungen im ökonomischen System zur Folge: Sie beeinflussen auch direkt die Lebenszufriedenheit der Menschen. Am stärksten betroffen sind die Schwachen der Gesellschaft, auch wenn diese gar nicht selbst mit Aktien spekulieren. ...<<

IWH-Pressemitteilung 16/2019

Weiter gute Stimmung in Sachsen-Anhalts Mittelstand

>>Der Mittelstand in Sachsen-Anhalt verzeichnet bislang keine stärkere Konjunkturabschwächung. Das geht aus einer gemeinsamen Umfrage von Creditreform und Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) unter 465 vorrangig kleinen und mittleren Unternehmen aus Sachsen-Anhalt hervor. ...<<

IWH-Pressemitteilung 20/2019

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019: Konjunktur kühlt weiter ab – Industrie in der Rezession

>>Berlin, 2. Oktober 2019 – Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Konjunkturprognose für Deutschland deutlich nach unten korrigiert. Waren sie im Frühjahr noch von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 0,8% im Jahr 2019 ausgegangen, erwarten sie nun nur noch 0,5%. Gründe für die schwache Entwicklung sind die nachlassende weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern, auf deren Export die deutsche Wirtschaft spezialisiert ist, politische Unsicherheit und strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie. ...<<

IWH-Pressemitteilung 21/2019

Dank robuster Binnennachfrage fallen Belastungen durch die Industrierezession für Ostdeutschland geringer aus als für den Westen – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

>>Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem Herbstgutachten 2019, dass sich die Konjunktur in Deutschland im laufenden Jahr weiter abgekühlt hat. Maßgeblich für die konjunkturelle Schwäche ist die Rezession in der Industrie. Von dieser ist auch die Wirtschaft in Ostdeutschland betroffen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 24/2019

Konjunktur aktuell: Weltkonjunktur wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung

>>Die Weltwirtschaft zieht wieder etwas an, weil der Gegenwind von den Handelskonflikten nachlässt. „In Deutschland erholt sich die Industrie aber nur langsam. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2020 wohl um 1,1% zunehmen. Ohne die besonders hohe Zahl an Arbeitstagen wäre die Zunahme noch geringer,“ sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Der Produktionszuwachs in Ostdeutschland dürfte laut IWH-Prognose mit 1,3% höher ausfallen als in Gesamtdeutschland. ...<<

Das IWH in den Medien

Steffen Müller: Interview: „Nach Abbruch der IG-Metall-Verhandlungen: IWH-Experte für einzelne Betriebsvereinbarungen“ in: MDR Aktuell, 1. Oktober 2019

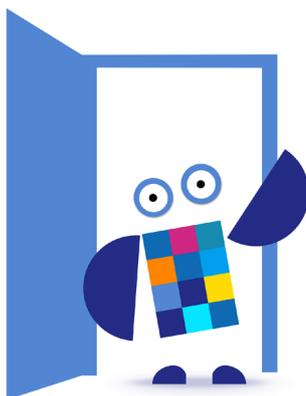
Reint E. Gropp: Interview: „Deutsche Einheit: Niedriglohnland Ostdeutschland“ in: Deutschlandfunk, 2. Oktober 2019

Oliver Holtemöller: Interview: „Regierungsberater kritisiert Festhalten an der schwarzen Null“ in: Handelsblatt, 3. Dezember 2019

Personalien



Christiane Baumeister ist seit Juni 2019 IWH Research Fellow in der Abteilung Makroökonomik. Sie ist Professorin an der University of Notre Dame, Indiana, NBER Faculty Research Fellow und CEPR Research Affiliate. Ihre Forschungsinteressen umfassen empirische Makroökonomik, Energiemärkte, angewandte Zeitreihenökometrie, Geldpolitik und Prognosen.



Viele neue Gesichter am IWH:

Im Juni 2019 begann *Mirja Hälbig* ihre Tätigkeit als Doktorandin in der Abteilung Strukturwandel und Produktivität. Seit Juli ist *Verena Plümpe* Doktorandin in der gleichen Abteilung. Seit August absolviert *Anna Sophie Tavernaro* eine Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement in der Verwaltung des IWH. Im September wurde *Michael Ghisletti* Doktorand in der Abteilung Finanzmärkte.

Seit Oktober 2019 ist *Huyen Nguyen* Juniorprofessorin in der Abteilung Finanzmärkte, und als Doktorandinnen und Doktoranden stießen *Tommaso Bighelli* (Abteilung Strukturwandel und Produktivität), *Dana Muratbek* und *Magnus Saß* (Abteilung Makroökonomik) sowie *Eleonora Sfrappini* (Abteilung Finanzmärkte) hinzu. Seit November verstärkt *Thomas Reitmann*, Ministerialrat a.D., den Präsidialbereich.

Personalien



Die Makroökonomin *Maftuna Khakimova* von der *Tajik State National University, Dushanbe* war vom 20. Juli bis 19. September 2019 im Rahmen eines DAAD-Stipendiums Gastforscherin am IWH. Ihr aktuelles Forschungsprojekt befasst sich mit den Auswirkungen der Steuerpolitik auf die Haushalte in Tadschikistan.



Cora Pröschold (1. v. l.) und Chris Huth schlossen im August 2019 erfolgreich ihre Ausbildung zu Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Bibliothek ab. Cora Pröschold erreichte das *deutschlandweit beste Prüfungsergebnis ihres Ausbildungsberufs*. Für ihre sehr guten fachlichen Leistungen und ihr überdurchschnittliches Engagement über die Ausbildung hinaus *wurde sie mit dem Leibniz-Auszubildenden-Preis ausgezeichnet*. Wir gratulieren!



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout und Satz: Peggy Krönung
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: bis zu 6 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © ng-8Gg2Ne_uTcM – unsplash.com
Wirtschaft im Wandel, 25. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Dezember 2019

ISSN 2194-2129